

Armut der Slums mästen, wie die Fliegen am Schmutz. Das ist kein angenehmes Thema. . . . In „Mrs. Warren Profession“ deckte ich ohne Umschweife die Tatsache auf, daß — in den Worten der Frau Warren —, ‚der einzige Weg für die Frau, sich gut zu versorgen, darin besteht, einem Manne gut zu sein, der ihr gut sein kann‘. Es gibt gewisse Fragen, in denen ich, gleich den meisten Sozialisten, ein extremer Individualist bin. Ich glaube, daß jede Gesellschaft, die auf einem hohen Niveau von Charakterstärke ihrer Einheiten beruhen will, so organisiert sein muß, daß es allen Männern und Frauen möglich sein soll, durch ihren Fleiß anständig zu leben, ohne gezwungen zu sein, ihre Liebe oder ihre Überzeugungen zu verkaufen. Wie die Lage jetzt ist, zwingen wir nicht nur die Frauen, sich in legitimer oder illegitimer Weise den ‚Protegebern‘ anzuschließen, sondern wir haben auch eine große Klasse von prostituierten Männern: zum Beispiel die Dramatiker und Journalisten, denen ich selbst angehöre — ohne die Legionen von Advokaten, Doktoren, Geistlichen und Versammlungsvredner zu erwähnen —, die täglich ihre höchsten Fähigkeiten dazu gebrauchen, gegen ihre wirklichen Gefühle zu schreiben — eine Sünde, gegenüber welcher die Sünde einer Frau, die ihren Körper auf einige Stunden verkauft, zu gering ist, um sie zu erwähnen. Reiche Leute ohne Überzeugung sind unserer Gesellschaft gefährlicher als Frauen ohne Keuschheit. — Dies ist kaum ein angenehmes Thema!“

(Schluß folgt.)

Jena und Tilsit.¹

Von Heinrich Cunow.

Nichts ist charakteristischer für die gegenwärtigen innerpolitischen Verhältnisse Preußen-Deutschlands als die Erinnerungsartikel, die sich die bürgerliche Presse am 14. dieses Monats geleistet hat, dem hundertjährigen Gedenktag der Schlachten von Jena und Auerstedt. Die Behauptung, daß die Geschichte die Lehrmeisterin der Völker sei, hat schon an und für sich wenig Anspruch auf Gültigkeit; auf das preußische Junkertum aber trifft sie noch weniger zu als auf andere Klassen. Schmähtlicher ist vielleicht nie eine herrschende Klasse zusammengebrochen, als 1806 das preußische Junkertum bei Jena; aber auch keine hat sich so leicht über einen derartigen Schicksalschlag hinweggesetzt, sich dadurch so wenig in ihren politischen Ansprüchen und ihrem Dünkel beirren lassen. Besonders seit die deutsche Handels- und Wirtschaftspolitik völlig unter den Einfluß der Junker geraten ist, fühlen sie sich wieder als die ob ihrer hohen Regierungsqualitäten zum ausschließlichen Regiment im neuen Deutschen Reiche preußischer Nation berufenen gebietenden Herren. Die Tage von Jena-Auerstedt mit dem darauf folgenden Zusammenbruch des ganzen preußischen Regierungssystems sind in ihrer Erinnerung völlig verblaßt; sie sind in ihrer Geschichtsbetrachtung zu einer jener nebensächlichen Episoden geworden, wie sie in der Kriegsgeschichte aller Völker dutzendweise vorkommen.

So beschränkt sich denn auch die konservative Presse in ihren Erinnerungsartikeln darauf, von „zufälligen Schicksalschlägen“, der „Laune des Kriegsglücks“, der „Fügung des Schlachtenlenkers“ usw. zu sprechen. Eine ernsthafte Kritik des damaligen Regierungssystems sucht man vergebens, höchstens findet

¹ Franz Mehring, „Jena und Tilsit. Ein Kapitel ostelbischer Junker-geschichte.“ Leipzig 1906, Verlag der Leipziger Buchdruckerei. 120 Seiten 8°. Preis 1 Mark.

man einige oberflächliche Redensarten darüber, daß die friderizianische Linear-taktik veraltet war. Soweit Mißstände im Staatswesen zugegeben werden, werden sie nicht im Regierungssystem, nicht in der beherrschenden Stellung des Junkertums, sondern nach dem schönen Argumentationsrezept, das Freiherr v. d. Goltz in seinem dicken Buche „Von Rossbach bis Jena und Auerstedt“ den Epigonen der Besiegten von Jena geliefert hat, in der überflüssigen Humanität und Aufklärung gesucht, der gegen Ende des achtzehnten Jahrhunderts das Bürgertum verfallen gewesen sein soll; nur daß, je nach der speziellen Richtung der konservativen Blätter, sie diese schädliche Aufklärung in verschiedenen Dingen verkörpert finden. Der pastorale „Reichsbote“ zum Beispiel erblickt die Ursache der Katastrophe in den Nachwirkungen der „friderizianisch-voltairefchen Freigeisterei“ und dem Rationalismus so mancher damaligen Pastoren — woraus sich natürlich für die heutige Zeit die Folgerung ergibt, daß andere als südeckerisch-orthodoxe Pastoren unter keinen Umständen in Preußen geduldet werden dürfen. Die „Kreuzzeitung“ steht mit dem ihr eigenen Scharfblick die Schuld in der „falsch verstandenen Humanität der Gebildeten“, die es zu einer von den junkerlichen Staatsmännern und Heeresführern geplanten Reform der Kriegsverfassung nicht kommen ließ, sowie in der Teilnahmslosigkeit des „gemeinen Mannes“ an der „hohen Aufgabe der Verteidigung des Vaterlandes“. Und die ehrsame „Deutsche Tageszeitung“ endlich meint in junkerlicher Bescheidenheit:

„Die geistigen Führer des Volkes wollten von dem engen Vaterlandsbegriff nichts wissen, sondern gefielen sich in allerweltshemischer Fremdtümelei. Sie hatten mehr Interesse für das graue Altertum und für die fernste Fremde als für die schlichte Heimat, für das Vaterland. Der Gemeinschaftsbegriff verflüchtigte sich ins Uferlose und Unbeschränkte. Man glaubte, an die Stelle des heimischen Vaterlandsbürgertums ein zerfahrenes, wurzelloses Weltbürgertum stellen zu können. Hand in Hand damit ging ein feiges, schlaffes, weibisches und weichliches Abflauen des kriegerischen Geistes.“

Nach ihrer Meinung folgt daraus, daß der heutige Militarismus noch mehr gepflegt, die Volkskraft, die im „Bauerntum sprudelt“, durch Agrarzölle gestärkt, Thron und Altar vor der Weltweisheit behütet werden müssen, denn „der Weg nach Jena führt an den Gemeinplätzen der gottesleugnerischen, sogenannten Weltweisheit vorüber“.

Dieser Unverschämtheit, den Zusammenbruch von Jena als Beweis für die Notwendigkeit einer Stärkung der junkerlichen Macht zu benutzen, ist leider von der liberalen Presse nur sehr schwächlich entgegengetreten worden. Teilweise erscheint diese sogar angekränkt von der komischen Beweisführung des Herrn Generals v. d. Goltz und tröstet sich mit der billigen Weisheit, daß sich in den Befreiungskriegen Volk und König „wiedergefunden“ hätten und auf Jena, 64 Jahre später, Sedan folgte. Auch die „Wossische Zeitung“, die noch am schärfsten gegen das Goltzsche Buch Front macht, bringt es nicht weiter, als auf dessen Geschwätz von dem Mangel an National- und Ehrgefühl im Bürgertum jener Zeit mit dem Einwand zu antworten, wie denn die Bevölkerung mit einem Male Vaterlandsliebe und aufopfernden Gemein-sinn hätte zeigen sollen, da sie doch von allen Staatsgeschäften ferngehalten worden sei. Und die sogenannte „Wiedergeburt Preußens“ betrachtet das Blatt nicht als eine Folge der Unmöglichkeit, mit den verrotteten Mitteln des bisherigen Systems weitzuregieren und den Kampf gegen den „Korpsen“ zu

führen, nicht als eine Rückwirkung der großen französischen Revolution, sondern als ein Produkt der bürgerlichen „befreienden Gedanken“ der Stein und Hardenberg, der Scharnhorst und Schön.

Gegenüber diesen Geschichtsfälschungen der Konservativen verdient die vor kurzem von Franz Mehring im Verlag der Leipziger Buchdruckerei herausgegebene Schrift „Jena und Tilsit“ höchste Anerkennung. Obgleich sie nicht direkt gegen Goltz polemisiert, ist sie doch in ihrer knappen Schilderung des altpreussischen Staates, seiner Eroberungspolitik und seines Verhältnisses zur französischen Revolution die schärfste Widerlegung des präventiven Machwerks des Königsberger Infanteriegenerals und zugleich ein Kampfausruf gegen die noch immer auf Preußen und dem neuen Deutschen Reich lastende Junkerherrschaft, dem sich keine der in den letzten Jahren erschienenen Schriften gleicher Tendenz an die Seite stellen kann. Rücksichtslos räumt Mehring mit den Legenden auf, welche die Hofhistoriographie und die bürgerlich-patriotische Geschichtschreibung zusammengeleimt haben. Wie ein Anatom mit dem Seziermesser legt er die Verhältnisse bloß, die in fortschreitender Entwicklung zur Katastrophe von 1806 führten, als der preussische Junkerstaat mit dem revolutionären Frankreich zusammenstieß. Es bietet einen fast ästhetischen Genuß, nachzulesen, wie Mehring in knappen Ausführungen ein anschauliches Bild der Zustände des altpreussischen Staates unter dem „großen“ Friedrich und seinen beiden Nachfolgern zeichnet, auf einem Raum, der sonst selbst den besseren Geschichtschreibern nur zu wenig Kapiteln genügt; und doch fehlt in dem Bilde kein wesentlicher Zug. Scharf und deutlich tritt jede Tatsache hervor und formt sich im Zusammenhang mit den anderen zum Gesamtbild. Manche Partien überrreffen sogar die Ausführungen Mehrings in seiner „Lessing-Legende“. Sicherlich ist oft die Charakteristik in Mehrings neuester Schrift weniger detailliert. Sie beschränkt sich häufig auf einige wenige Konturen; in einzelnen Fällen ist sie, wenn man so sagen darf, fast brutal. Doch da diese Linien mit sicherer Hand dem Gesamtbild eingefügt werden, gewinnt dieses dadurch nicht selten an Plastik.

Mehring beginnt seine Darstellung mit einer Charakteristik des altpreussischen Staates unter Friedrich II. Im Gegensatz zu der liberalen Geschichtschreibung, die in dem friderizianischen Zeitalter die höchste Stufe des Ruhmes und der politischen Entwicklung Preußens erblickt, verweist Mehring auf die miserablen Zustände unter diesem Regenten. Er zeigt, wie der altpreussische Staat Friedrich des „Großen“ seine klassische Höhe als Satrapie des russischen Despotismus erreicht und stürzt dann den sozialen Organismus des altpreussischen Staates, der sich weit mehr als Rassen- denn als Klassenstaat zeigt, eingeschachtet in die drei Geburtsstände des Bauern, der Bürger und des Adels. Interessant ist, wie Mehring, teilweise in Anlehnung an M. Lehmanns Biographien Scharnhorsts und Steins, die Gestaltung des preussischen Militarismus aus der Eigenart des ostelbischen Feudalismus ableitet. Die adligen Junker, nicht die Fürsten bestimmten die Entwicklung des brandenburgisch-preussischen Heeres. Die Wehrverfassung hing aufs engste mit dem Feudalsystem, mit den Vorrechten der Junker, der Einteilung im Gutsbezirke, der Anwartschaft der Junker auf die militärischen Ehrenstellen zusammen. Wie überall bestand damals auch das preussische Heer aus Söldnern, die geworben oder gewaltsam gepreßt wurden. Seine wirtschaftliche Einheit bildete die Kompanie. „Der Kompaniechef war Unternehmer an der Spitze einer Waffengenossenschaft; gegen ein Pauschquantum, das ihm die königliche Kriegskasse zahlte, hatte er seine Leute zu besolden und

zu erhalten, sie mit Kleidung und Waffen zu versehen, den durch Desertion oder Tod verursachten Abgang zu ersetzen. Diese Kompaniewirtschaft entwickelten die Junker nun zu einem raffinierten System der Ausbeutung. Um die Werbekosten zu sparen, stellten sie ihre Bauern ein, die sich viel leichter fuchteln ließen und viel schwerer desertieren konnten, als das fahrende Gesindel, das sich um des teuren Handgeldes willen anwerben ließ und dann bei der ersten besten Gelegenheit ausriß; um auch den Sold einstecken zu können und die Gutsherrschaft nicht ihrer Arbeitskräfte zu berauben, wurden die also „enrolierten“ Rekruten für den größten Teil des Jahres beurlaubt.“

Durch dieses System aber wurde der Zweck des Heeres vollständig auf den Kopf gestellt. Den junkerlichen Kompaniechefen kam es nicht darauf an, ihre Kompanie waffentüchtig zu gestalten, sondern aus ihr einen möglichst hohen Gewinn herauszuziehen. Die Präsenzlisten wurden gefälscht, die Beurlaubungen möglichst weit ausgedehnt, die Uniformen und Waffen aus den schlechtesten Stoffen hergestellt, die Nahrung möglichst knapp gehalten. Die Offiziere wurden, wie Boyen sich ausdrückt, zu „wuchernden Krämern“ gemacht.

Und dieser feudalen Rückständigkeit entsprach, wie Mehring nachweist, die innere wie die auswärtige Politik Friedrichs und seiner beiden Nachfolger. Die vielgerühmte ausländische Politik Friedrichs II. war einseitig von rein-dynastischen Interessen diktiert. Sie trachtete nur nach Eroberungen und Erwerbungen, die sich in das soziale Gefüge des altpreussischen Staates mit seiner ausschließlichen Junkerherrschaft einschalten ließen. Die Berücksichtigung volkswirtschaftlicher oder nationaler Interessen lag außerhalb ihres Rayons. Kennzeichnend für sie ist ihre Stellungnahme zu den polnischen Wirren und die 1772 von dem „Philosophenkönig“ gemeinsam mit der Zarin Katharina und Maria Theresia ausgeführte Vererbung Polens, die Preußen das Bistum Ermeland, im ganzen 660 Geviertmeilen, einbrachte.

Die im Jahre 1789 ausbrechende französische Revolution blieb zunächst auf diesen Sumpf ohne Einfluß. Das österreichische Bündnis, das einst zum siebenjährigen Kriege geführt hatte, war in Frankreich niemals populär geworden, wie es denn auch den französischen politischen Überlieferungen völlig widersprach, die sich stets darauf gerichtet hatten, Österreich durch Preußen zu zähmen, nicht aber Preußen durch Österreich zu vernichten. Besonders in den revolutionären Volksschichten Frankreichs war ebenso wie Marie Antoinette, die „Autrichienne“, auch Österreich aufs äußerste verhaßt, während der preussische Staat den französischen Revolutionären mehr oder weniger im Blicke eines freisinnigen und modernen Gemeinwesens erschien. Zunächst stellte sich die preussische Außenpolitik denn auch zu der revolutionären Gärung in Frankreich ziemlich sympathisch — nicht aus Wohlwollen für die revolutionären Bestrebungen, sondern weil sie eine Schwächung der französischen Königsgewalt erhoffte. Als es im Frühjahr wegen der Streitigkeiten zwischen England und Spanien im Nootafund zu einem Krieg zwischen England und Frankreich zu kommen drohte und die französische Krone von der Nationalversammlung Geldmittel zu diesem Zwecke forderte, trat sogar der preussische Gesandte v. d. Goltz mit einigen Häuptern der Jakobiner in Verbindung und lieferte ihnen historisches Material zur Bekämpfung dieser Forderung. Doch als sich im nächsten Jahre die Zustände in Frankreich immer schärfer zuspitzten, die Flucht des Königs vereitelt und dieser nach Paris zurückgebracht wurde, da gelang es dem Kaiser Leopold, dem Bruder der Marie Antoinette, den König Friedrich Wilhelm II. zu einer Koalition

gegen das revolutionäre Frankreich zu bestimmen, und als darauf nach verschiedenen Provokationen des Kaisers und der rheinischen Kurfürsten am 20. April 1792 die französische Regierung an den inzwischen seinem Vater auf den habsburgischen Thron gefolgten Kaiser Franz II. den Krieg erklärte, zog auch Preußen als Österreichs Verbündeter mit ins Feld und stellte am Rhein unter dem Befehl des Herzogs Karl Wilhelm von Braunschweig ein Heer von 42000 Mann auf.

Mehring bezeichnet diesen Angriff auf das revolutionäre Frankreich als ein Spielen mit dem Feuer, das den österreichischen und preußischen Despoten die Finger versengte. Tatsächlich war der Kreuzzug Preußens noch weit mehr als ein triviales Spiel mit dem Feuer; er war eine politische Kapitalblumtheit. Nächst der nordamerikanischen Union erfreute sich Preußen der größten Sympathien unter den französischen Revolutionären, während andererseits neben dem Haß gegen die „intriganten Österreicher“ immer schärfer in der neuen französischen Bourgeoisie, besonders soweit sie in der Girondistenpartei ihre Vertretung fand, der Haß gegen England zum Durchbruch kam. Vergebens trat Brissot, der lange in England gelebt hatte, für England ein; der richtige Instinkt der neuentstehenden französischen Bourgeoisie ließ sie in England, das Frankreichs Handel in Belgien und Holland schädigte, mit ihm im Mittelmeer konkurrierte und den französischen Kolonialbesitz bedrängte, seinen ärgsten Feind sehen. Schon im Jahre 1792 ergab sich für jeden Politiker, der über die nächsten Jahre hinauszublicken vermochte, daß, falls die französische Bourgeoisie in den völligen Besitz des Staatsruders gelange, es zwischen England und Frankreich zu harten Kämpfen kommen werde. In seinem eigensten Interesse hätte deshalb Preußen die Konsolidierung der Revolution in Frankreich, wenn nicht direkt unterstützen, so doch zum mindesten fördern müssen; einerseits, um durch Frankreich das Gewicht Österreichs in Europa herunterzudrücken, andererseits, um den Einfluß Englands auf dem Kontinent zu brechen und, sobald die Umstände des Kampfes es gestatteten, sich Hannover anzugliedern.

Doch solche über die nächsten dynastischen Interessen hinausgehende Politik stieß bei dem in feudalkirchlichen Narreteien befangenen König und seinen Ratgebern auf absolute Verständnislosigkeit; sie suchten in ihrer feudalen Beschränktheit die Vergrößerung Preußens nicht im vorgeschrittenen Westen, sondern im feudalen Osten. Ihre Sehnsucht war, Polen neue Ländereien abzuwickeln. Die preußische Regierung inszenierte deshalb im nächsten Jahre abermals einen Raubangriff auf Polen, bei dem sie aber wieder dem russischen Komplizen den größten Feigen überlassen mußte.

Wie einerseits im Verfolg dieser Polenpolitik, andererseits seiner Einmischung in die französische Revolution Preußen immer tiefer in den Strudel der europäischen Wirnis geriet, sein Verhältnis mit Österreich verschlechterte, sich mit England verfeindete und an Frankreich die Gebiete am linken Rheinufer auslieferte: das wird von Mehring anschaulich geschildert.

Nach dem Friedensschluß von Basel am 5. April 1795 versuchte es die preußische Diplomatie zunächst wieder mit jener Taktik, die Beyne als die Politik des „Sich-Durchwindens“ bezeichnet hatte. Die preußische Regierung suchte aus den Händeln der Mächte Vorteil zu ziehen, vermied aber, in sie aktiv einzugreifen. Demnach beteiligte sie sich nicht an der zweiten Koalition der Mächte gegen Frankreich: eine Taktik, die Preußen zwar eine Gebietsvermehrung eintrug, denn durch den Vertrag mit Frankreich vom 2. Mai 1802 verlor es nur ein Gebiet von 48 Geviertmeilen mit einer Viertelmillion Ein-

wohner, während es ein Gebiet von 230 Geviertmeilen mit einer halben Million Einwohner gewann, doch stärkte es durch sein Verhalten das Mißtrauen der Mächte und isolierte sich völlig. Aber selbst diese „Durchwindungspolitik“ vermochte die preußische Regierung in ihrer Haltlosigkeit nicht konsequent durchzuführen. Als im April 1806 Pitt die dritte Koalition gegen Frankreich zustande brachte, hielt sich Preußen zwar zunächst von einer direkten Anteilnahme fern, aber im November ließ sich Friedrich Wilhelm III. durch den Zaren doch zu einer militärischen Intervention bestimmen: eine Aktion, die indes durch den Sieg Napoleons bei Austerlitz kläglich scheiterte. Preußen sah sich zu einem Vertrag mit Frankreich genötigt, durch den es die Markgrafschaft Ansbach an Bayern, das rechtsrheinische Cleve und die Festung Wesel an Frankreich abtrat. Dafür erhielt es von Napoleon das damals mit England vereinigte Hannover zugestanden unter der Bedingung, die Elb- und Wesermündungen, sowie alle preußischen Seehäfen für die englischen Schiffe zu sperren.

Die Absicht der französischen Diplomatie war, Preußen in einen Krieg mit England zu treiben; und diese Absicht wurde sehr schnell erreicht. England erwiderte die Besetzung Hannovers mit der Wegnahme der sich in den englischen Häfen befindenden Schiffe, der Blockade der norddeutschen Häfen und der Ausgabe von Raperbriefen. Die politische Lage Preußens hatte sich demnach keineswegs verbessert, und obendrein wurde von Lucchesini, dem preußischen Gesandten in Paris, gemeldet, daß Talleyrand bei den Friedensverhandlungen mit England geküßert haben solle, England könne Hannover zurückerhalten.

Diese Mitteilung reizte die preußische Regierung zu einem völlig kopflosen Streich. Sie erließ am 9. August 1806 einen Mobilmachungsbefehl und stellte Frankreich das Ultimatum, es solle seine Truppen aus Süddeutschland hinter den Rhein zurückziehen und sich fortan nicht mehr in die norddeutschen Verhältnisse mischen. Die Antwort Frankreichs bestand in dem Vormarsch Napoleons und der vollständigen Vernichtung des preußischen Heeres in den Schlachten von Jena und Auerstedt, deren Verlauf Mehring mit kräftigen Strichen zeichnet, um dann in den folgenden Abschnitten: „Die Kapitulationen der Festungen“, „Napoleon in Berlin“, „Der sächsische Verrat“, „Jenseits der Weichsel“, „Der Feldzug in Ostpreußen“ und „Der Tilsiter Friede“ die Folgen der Katastrophe darzulegen.

Die betreffenden Abschnitte entrollen in ihrer knappen Fassung ein plastisches Bild der sich überstürzenden Ereignisse. Mehring versteht wie wenige mit einigen kurzen Sätzen eine gegebene Situation zu skizzieren. Doch nicht in dieser Charakterisierungskunst liegt nach meiner Ansicht der Hauptvorzug der Schrift, sondern in der historischen Perspektive, in der Mehring die einzelnen Ereignisse zeigt. Es ist ihm weniger darum zu tun, das zu veranschaulichen, was war, als die Faktoren in ihrem Zusammenwirken bloßzulegen. Für ihn ist das einzelne Ereignis nur das historisch bedingte Moment eines notwendigen Entwicklungsverlaufs, das nur im Rahmen der historischen Gesamtperspektive in seiner Bedeutung erfaßt werden kann. Deshalb begnügt sich auch Mehring nicht mit der bloßen Schilderung des preußischen Militarismus und der inkonsequenten auswärtigen Politik des preußischen Staates; er sucht vielmehr nachzuweisen, wie beide mit dem preußischen Feudalismus, seiner geschichtlichen Entwicklung und seiner Stellung im westeuropäischen Wirtschaftsgetriebe zusammenhängen. Es ist ein Stück angewandte materialistische Geschichtstheorie, die er uns in seiner Schrift bietet. Darin liegt ihre Bedeutung.